

## WIRTSCHAFTSSYSTEM

# Gibt es den Kapitalismus überhaupt?

**Warum das System, in dem wir leben, gar keines ist**

VON JENS JESSEN

Wir haben uns mit erstaunlicher Fraglosigkeit daran gewöhnt, die Wirtschaftswelt, ja sogar die Gesellschaft, in der wir leben, als kapitalistisch zu bezeichnen. Wann immer es etwas zu fürchten gibt, die Arbeitslosigkeit, die Klimakatastrophe – der Kapitalismus ist schuld. Wann immer es etwas zu hoffen gibt, das Ende der Arbeitslosigkeit, eine umweltfreundliche Technologie – dem Kapitalismus wird es zu verdanken sein.

Der Streit der politischen Lager geht nicht darum, ob der Kapitalismus zu Recht als Vater aller Phänomene benannt wird, sondern darum, ob man ihn sich eher als guten oder bösen Vater vorzustellen hat. Garantiert er Massenwohlstand und Demokratie – oder verhindert er das eine und zerstört das andere?

Aber auch hier schwinden die Differenzen. Lange vor der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, in einer Vorahnung der globalisierungsbedingten Verwerfungen, fingen sogar die ersten Unternehmer an, den bisher für gütig gehaltenen Vater weniger nett zu finden. Sie gaben sich in der Öffentlichkeit gequält. Sie zeigten sich glaubhaft von Massenentlassungen gepeinigt – aber der Kapitalismus zwingt sie dazu. Es sei nicht ihrer Gier geschuldet, dass sie die Rendite erhöhten – der Kapitalmarkt verlange es. Die Lockerung der Tarifverträge geschehe nicht zu ihrem Vorteil, sondern in Erfüllung eines ewigen Gesetzes des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage.

Die Rede vom Kapitalismus begann der Rede von Notwendigkeiten zu ähneln. Selbst die Gewerkschafter frohlockten nicht, dass der Kapitalismus endlich sein wahres Bosheitsgesicht zeige, sondern verlangten nur, dass die Härten, die das System nun einmal mit sich bringe, sozialverträglich verteilt würden.

Das Verblüffendste aber war die neue Einigkeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmervertretern, den Kapitalismus als System zu betrachten, in dem alles mit allem zusammenhängt und das Gute vom Schlechten nicht mehr getrennt werden kann. Der Begriff des Kapitalismus ist offenbar zu einem allseits akzeptierten Universalschlüssel geworden, der jede Erklärung ersetzt und keinen Streit mehr provoziert – schon gar nicht darüber, ob es diesen Kapitalismus überhaupt gibt.

Das war nicht immer so. Als der Kapitalismusbegriff nach dem Krieg seine erste populäre Konjunktur außerhalb der Fachliteratur erlebte, war er noch eindeutig ein Kampfbegriff, der von links artikuliert wurde. Vom Kapitalismus sprach nur, wer ihn abschaffen wollte. Wer an der hergebrachten Wirtschaftsweise festhalten wollte, nannte sie nicht Kapitalismus. Zur Verteidigung der Marktwirtschaft oder gar der

westlichen Lebensweise gegen den Kommunismus schien der Begriff gänzlich ungeeignet.

In Sonderheit lehnte es der Westen ab, sich als System zu begreifen; vielmehr machte es gerade seinen Anspruch auf überlegene Menschlichkeit aus, monokausale Erklärungen von sich zu weisen. Im Westen, das war das Schöne, konnte es so aussehen, als ließen sich die Probleme nacheinander und jedes für sich lösen, ohne dass erst mit einer Gewalttat Tabula rasa gemacht werden müsse. Von den großen Erlösungs- und Säuberungsfantasien, wie sie der Kommunismus vortrug, hatte man nach dem Nationalsozialismus erst einmal genug. Man wollte das Individuum und nicht das Kollektiv; man wollte individuelle Probleme und kein System von Problemen.

Das war nicht immer reflektiert, hatte aber einen guten Grund. Wer in den sechziger, siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts vom Kapitalismus sprach, handelte sich fast automatisch seine Ausdehnung auf alle Lebensbereiche ein. Ein ganzes Rudel von Theorien, das sich im Laufe der Zeit an den Begriff angelagert hatte, war in der Lage, jede beliebige Verbindung herzustellen. Da war zunächst der Faschismus, der als natürliche Konsequenz des Kapitalismus galt.

Dann galt aber auch die parlamentarische Demokratie nur als Maske, die das Herrschen des Kapitals verschleierte. Jede Diktatur in der Dritten Welt, die Unterdrückung der Frau, der schlechte Sex, alles war vom Kapitalismus herbeigeführt.

Und so weiter, bis in jedes Alltagsdetail und individuelle Schicksal hinab. Geschah etwas Unschönes, und sei es ein Verkehrsunfall oder ein Verbrechen, musste es mit dem Teufel zugehen, wenn es nicht gelang, darin zumindest eine Spätfolge oder Nebenfolge des Kapitalismus zu sehen.

Der Unfall geschah, weil die Verkehrssicherheit zugunsten des Automobilabsatzes vernachlässigt worden war, das Verbrechen, weil die Eigentumsverhältnisse kriminell waren. Alle offenen oder versteckten Mängel unserer Gesellschaft hatten mittelbar oder unmittelbar mit den Profitabsichten der Kapitaleigner zu tun; selbst scheiternde Liebesbeziehungen wurden dem warenförmigen Charakter zugeschrieben, den der Kapitalismus bis in die Psyche der Menschen trage. Das war wirklich ein System, und ungeheurer, teils paranoider Scharfsinn wurde darauf verwandt, es bis in seine perfiden Verästelungen zu verfolgen.

In einem solchen System wollte niemand leben – beziehungsweise wer es augenscheinlich doch tat, und vielleicht noch dazu in recht auskömmlichen Verhältnissen, mochte seine Lebenswelt nicht als kapitalistische mit allen diesen diabolischen Zügen beschrieben sehen.

Wer aber wollte die namenlose Überraschung schildern, als dieses in den achtziger Jahren glücklich verblasste Systemdenken nach dem Ende der sozialistischen Staatenwelt noch einmal hervorgeholt und blank geputzt der staunenden Öffentlichkeit präsentiert wurde? Nun freilich mit der entgegengesetzten Pointe. Nicht alles Hässliche und Beklagenswerte,

sondern alles Schöne und alle Errungenschaften von Freiheit und Demokratie wurden plötzlich dem Kapitalismus zugeschrieben. Man konnte kaum vor die Haustür treten, ohne dass einem das Glück des freien Heraustretens und unreglementierten Genießens der Morgensonne als Segnung der freien Marktwirtschaft gepriesen wurde.

Es war das gleiche klaustrophobische System wie bei den Kapitalismuskritikern, in dem alles mit allem zusammenhängt und besonders fest mit der Marktwirtschaft, nur dass es jetzt zu Lob verpflichtet. Lobet den Herren, schrien die Kapitalismusfreunde, wenn man zur Arbeit ging, lobet den Herren, schrien sie, wenn man die Arbeit verlor, weil es nämlich nichts anderes hieß, als dass man sein Schicksal endlich eigenverantwortlich in die Hand nehmen konnte.

Wer früher ein schlechtes Gewissen haben sollte, wenn er vom Kapitalismus profitierte, sollte jetzt ein schlechtes Gewissen haben, wenn er ihn kritisierte. Wenn früher das Privateigentum die Wurzel alles Bösen war, wurde es jetzt zur Quelle alles Guten, insbesondere von Freiheit und Demokratie.

Es war wie in dem berühmten Witz von dem christlichen Lehrer, der hinter sämtlichen irdischen Erscheinungen Jesus am Werk sieht und deshalb, als er einmal arglos nach dem Namen des Tieres fragt, das Nüsse knackend von Ast zu Ast springt, von Klein Fritzchen die Antwort erhält: »Ich hätte ja gedacht, es wär ein Eichhörnchen, es wird aber wohl wieder das Jesuskind sein.«

Es gab diesen Witz übrigens auch mit der kommunistischen Partei als Pointe. Wie denn überhaupt bei den Apologeten der Marktwirtschaft der Kapitalismus jene heilsgeschichtliche Rolle eingenommen zu haben scheint, die bei den Kommunisten einst die Partei innehatte. Und wahrscheinlich war es sogar so, dass sich die neuen Kapitalismusfreunde ihre Propagandastrategie von der untergegangenen Linken abschauten. Indes hatten sie deutlich weniger lange Freude daran. Denn es ist nun einmal so, dass ein System, dem man alle Segnungen zuspricht, sofort an Ansehen verliert, wenn diese Segnungen ausbleiben. Wenn der Kapitalismus die Ursache von Freiheit und Wohlstand sein soll, wird er auch dafür verantwortlich gemacht, wenn Freiheit und Wohlstand leiden.

Darin liegt die Fatalität, den Kapitalismus als System vorzustellen. Und bei dieser Fatalität sind wir nun auch angekommen. Den Leuten geht es schlecht, und sie wissen schon, wen sie dafür haftbar machen wollen. Nach dem Kapitalismus als Vorwurf und dem Kapitalismus als Seligpreisung des Bestehenden haben wir nun den Kapitalismus als Ausrede. Jeder Unternehmensführer, der sich bei Entlassungen und Standortschließungen auf die Gesetze des Kapitalismus hinausredet, trägt zum Ansehensruin des Systems bei.

Es sei denn... Es sei denn, es würde in Zukunft darauf verzichtet, für jede Entscheidung einen Systemzwang zu behaupten. Denn wunderbarerweise enthält die Wissenschaft gar keinen Hinweis darauf, dass es sich bei dem Kapitalismus wirklich um ein System handelt. Das System ist, wissenschaftlich gesehen, nur ein Denkmodell, das dazu dient, bestimmte Abhängigkeiten und Wechselwirkungen

vor Augen zu führen. Und nicht einmal von dem Kapitalismus als Begriff kann man sagen, ob ihm ein Wesen in der Wirklichkeit entspricht.

Mit gutem Grund hat Max Weber den Begriff von Marx nicht mit allen philosophischen Weiterungen übernommen, sondern nur als einen Idealtypus definiert, dem man in seiner gedachten Gestalt in der Realität niemals rein begegnet, sondern nur näherungsweise. Mit anderen Worten: Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Phänomene, die man unter dem Begriff Kapitalismus bündelt, könnte man auch unter einem anderen Begriff oder gar nicht bündeln.

Freilich träte ohne den Kapitalismus als Ausrede die individuelle Verantwortlichkeit der Manager oder Politiker mit einem Male krass hervor. Es gäbe den abstrakten Popanz nicht mehr, der die Menschen wie Marionetten führt, die für ihre Teilnahme am Spiel den freien Willen an der Garderobe abgeben müssen. Die Strippen wären gekappt, der aufrechte Gang könnte beginnen. Das müsste kein Fehler sein.

ZEIT ONLINE 2009

## KAPITALISMUS

# Ist Wachstum nur für Ungleichheit zu haben?

**Der Abstand zwischen Reich und Arm ist größer geworden. Mark Schieritz erklärt, wer wirklich dafür verantwortlich ist**

Für die Reichen ist es gut gelaufen. Seit Jahrzehnten steigen ihre Einkünfte, und ihre Aktienportfolios gewinnen an Wert. Wenn ein Amerikaner in den siebziger Jahren ein Vermögen von 75 Millionen Dollar hatte, schaffte er es damit auf die Liste der 400 reichsten Menschen des Landes, die das Magazin Forbes jedes Jahr zusammenstellt. 2007 benötigte man dafür mehr als eine Milliarde Dollar.

Weniger gut ist es für die Ärmern gelaufen. Der Jahreslohn eines mittleren, männlichen amerikanischen Arbeiters lag zuletzt bei 45.113 Dollar. Bereinigt um die Inflation, ist das sogar etwas weniger als in den siebziger Jahren. Damals hat so ein mittlerer Arbeiter 45.879 Dollar verdient.

Macht der Kapitalismus die Reichen also reicher und die Armen ärmer – statt wie versprochen Wohlstand für alle zu schaffen?

Die Entwicklung in den vergangenen 30 Jahren legt diesen Schluss nahe. Denn nicht nur in den USA, sondern auch anderswo öffnete sich die Schere zwischen Arm und Reich. In Deutschland sanken die durchschnittlichen Reallöhne selbst in den Aufschwungjahren 2004 bis 2008, dafür sprudelten die Gewinne der Unternehmen und die Renditen ihrer Kapitalgeber nur so. In Großbritannien kassierten die Investmentstars der Londoner City immer höhere Bonuszahlungen, während die Löhne für die breite Bevölkerung stagnierten.

In den Schwellenländern ging zwar die Armut absolut gesehen zurück, aber die sozialen Unterschiede wuchsen dramatisch. Zu den Verlierern gehören zumeist die einfachen Arbeitnehmer und zu den Gewinnern die Couponschneider. In China etwa entfiel vor zehn Jahren die Hälfte der Wirtschaftsleistung auf Löhne und Gehälter – zuletzt waren es nur noch 40 Prozent. In Indien profitierten vor allem die oberen Einkommenschichten von den Wirtschaftsreformen der neunziger Jahre. "Die Ungleichheit", schrieb kürzlich der Internationale Währungsfonds, "ist mit Ausnahme der ärmsten Länder in allen Staaten gestiegen."

Das war aber nicht immer so. Es gab Phasen im Kapitalismus, in denen die Einkommensunterschiede in der Bevölkerung ganz im Gegenteil eingeebnet wurden. So ging die Ungleichheit zwischen 1930 bis 1970 in den westlichen Industriestaaten erheblich zurück. Im Jahr 1928 strichen die Superreichen in den USA über fünf Prozent des Volkseinkommens ein, in den siebziger Jahren bekamen sie noch etwa ein Prozent ab. Erst in den vergangenen Jahren ist dieser Anteil wieder gestiegen, wie die nebenstehende Grafik zeigt.

Diese Phase der Einebnung war eine Zeit, in der mächtige Gewerkschaften hohe Löhne durchsetzen konnten. Sie sorgten dafür, dass die einfachen Arbeitnehmer einen größeren Teil der erwirtschafteten Leistung abbekamen. Für mehr Gleichheit sorgte auch der Staat, der die Einkommen kräftig umverteilte. Die Regierungen gewährten ihren Bürgern großzügige Sozialleistungen und knöpften den Reichen dafür einen großen Teil ihres Einkommens ab. In Großbritannien lag der Spitzensteuersatz in den späten siebziger Jahren bei happigen 83 Prozent – das ist mehr als doppelt so hoch wie heute. Der Staat investierte in Bildung und finanzierte auch Arbeiterkindern den Zugang zur Universität. Und: An den Finanzmärkten gab es nicht viel zu holen. Der internationale Kapitalverkehr war streng reguliert. Banker verdienten kaum mehr als Ingenieure.

Ende der siebziger Jahre geriet dieses System aber an seine Grenzen. Die Gewerkschaften verloren jedes Maß bei den Lohnabschlüssen und setzten eine Inflationsspirale in Gang. Streiks legten die Wirtschaft lahm. Manchmal waren die Sozialleistungen so üppig, dass es sich kaum mehr lohnte, eine Arbeit aufzunehmen. Das internationale Währungssystem kollabierte. Die Kehrtwende ließ nicht lange auf sich warten. Vorbereitet wurde sie von einer neuen Generation liberaler Ökonomen an der Universität Chicago. Eine Abkehr von der "verführerischen und giftigen" Neigung, sich auf Verteilungsfragen zu konzentrieren, forderte einer von ihnen, der spätere Nobelpreisträger Robert Lucas.

Umverteilung, strenge Regeln für die Märkte und hohe Steuern, so argumentierten Lucas und seine Mitstreiter, lähmten die Wirtschaft. Wer einen großen Teil seines Einkommens abgeben müsse oder sich auf staatliche Stütze verlassen könne, der habe weniger Anreize, zu arbeiten und in seine Ausbildung zu investieren.

Ungleichheit zuzulassen ist in dieser Sicht die Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand. Von einer dynamischen Wirtschaft profitieren am Ende auch die Armen. Eine steigende Flut hebt alle Boote. Wer die Welt so sieht, für den ist Gleichheit – wenn überhaupt – nur noch im Sinne einer Chancengleichheit Ziel der Wirtschaftspolitik. ©

Auf derlei Lehren beriefen sich Ronald Reagan und Margaret Thatcher, als sie sich daranmachten, den Staat zurückzudrängen und die Gewerkschaften zu zerschlagen. Kaum war das erledigt, schnellte auch die Ungleichheit nach oben. Denn der Markt selbst sorgt nicht für Gleichheit: Er belohnt die Vermögenden, die Zinsen auf ihr Kapital erhalten. Er beschert all jenen Spitzenverdienste, die über besondere Fähigkeiten verfügen oder schlicht das Glück haben, in einer Boombranche zu arbeiten. Er bestraft alle anderen, die weniger leistungsfähig sind oder den falschen Beruf gelernt haben.

Allerdings ist die Weltwirtschaft nach der Reagan-Thatcher-Rosskur nicht schneller gewachsen als vor den Radikalreformen. Und gerade einige der reichsten Länder – die Staaten Skandinaviens – haben immer noch extrem hohe Steuern und ein dichtes soziales Netz.

Wie ist das zu erklären? Manche argumentieren: Die Menschen strengten sich nicht allein des Geldes wegen an, sondern aus Interesse an der Sache oder weil sie die Anerkennung suchten. Der wahre Schlüssel zum Wohlstand seien der Zugang zu einer guten Ausbildung, soziale Stabilität und die Qualität der Infrastruktur – viel wichtiger als der Anreiz, der sich aus großen Einkommensunterschieden ergebe.

Vielfach hört man allerdings das Argument, dass der technische Fortschritt und die Globalisierung auf Dauer immer mehr Ungleichheit schufen. Dieser Zusammenhang ist aber längst nicht so eindeutig wie früher vermutet. Gerade in Hightech-Ländern mit offenen Grenzen wie Finnland oder Schweden ist die Ungleichheit niedrig. Der Einsatz von Maschinen oder der grenzüberschreitende Austausch von Waren und Dienstleistungen vernichtet zwar Arbeitsplätze, dafür entstehen aber erfahrungsgemäß an anderer Stelle Jobs. Und im Prinzip kann der Staat stets dafür sorgen, dass nicht nur einige, sondern alle reicher werden.

Es gibt sogar Ökonomen, die argumentieren: Eine zu hohe Konzentration des Reichtums in wenigen Händen könne schädlich für das Wachstum sein. Je höher das Gehalt, sagen sie, desto mehr würde gespart und desto geringer sei die Nachfrage nach Konsumartikeln. Die "stärkere Spreizung der Einkommen", merkte die Bundesbank unlängst an, sei ein Grund für den jahrelangen Konsumverzicht in Deutschland.

Die Amerikaner haben versucht, den Konsum trotz niedriger Löhne aufrechtzuerhalten – die Bürger shoppten eben auf Kredit. Gut gegangen ist das nicht. Für den Nobelpreisträger Joseph Stiglitz ist die ungleiche Einkommensverteilung in den USA sogar eine der wichtigsten Ursachen für die globale Finanzkrise: Denn die begann, als viele US-Bürger erst ihre Immobilien beliehen, um weiter einkaufen zu können, und dann schließlich ihre Immobilienkredite nicht mehr bedienen konnten.

So fragen sich heute Wissenschaftler, ob der Großangriff auf den Sozialstaat aus ökonomischen Gründen wirklich notwendig war – und ob nicht stattdessen eine Korrektur der schlimmsten Exzesse der späten siebziger Jahre ausgereicht hätte. Ob gleich oder ungleich, der Kapitalismus kann offenbar mit beidem.

Die Frage der optimalen Verteilung ist deshalb keine an den Kapitalismus – sondern eine an die Politik. Emmanuel Saez, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität von Kalifornien, sieht es so: »Wir müssen uns als Gesellschaft entscheiden, ob wir die Zunahme der Ungleichheit akzeptabel finden – und wenn nicht, welche institutionellen Reformen nötig sind, um ihr zu begegnen.«

## KAPITALISMUS

# Zerstört der Kapitalismus die Demokratie?

**Privateigentum und Volksherrschaft gelten Systemkritikern als Gegensatzpaar. Josef Joffe gehört nicht zu ihnen**

Wer hat den Kapitalismus – sagen wir besser: Marktwirtschaft plus Privateigentum – erfunden? Es war Moses, der bekanntlich das (göttlich inspirierte) siebte Gebot so formuliert hat: "Du sollst nicht stehlen." Diese vier Wörter markieren weit mehr als den (geheiligten) Schutz des Eigentums.

Warum? Denken wir weiter. Wenn ich sagen darf: "Das gehört mir", verkünde ich mit Fug und Recht: "Hier darfst du nicht rein; das ist nicht dein." Wer ist dieser "Du"? Der Nachbar, der Häuptling, der König, der Staat. Sie dürfen es mir nicht wegnehmen – mein Land, mein Haus, mein Weib, die Früchte meiner Arbeit. Eigentum von Leib und Gut ist also das Stoppschild schlechthin und das Fundament aller Freiheit. "My home is my castle", sagen folgerichtig die Engländer.

Und Freiheit ist das Fundament aller Demokratie, weshalb die Eigentumswirtschaft logischerweise das Unterpfand dieser politischen Ordnung ist. Man darf es auch schlichter sagen: Es gibt zwar Kapitalismus ohne Demokratie, aber keine Demokratie ohne Kapitalismus. (Der K. sei hier gut marxistisch definiert als System, in dem die Produktionsmittel – sprich: Kapital – unter privater Regie stehen, wo Arbeit und Güter gegen bare Münze auf dem Markt getauscht werden.)

K. funktioniert tatsächlich ohne Demokratie. Der Quasikapitalist China protzt mit märchenhaftem Wachstum, ist aber ein antidemokratisches System. Chile war Marktwirtschaft plus Pinochet. Viele Aufsteiger – von Mexiko bis Russland – sind nur dem Namen nach Demokratien. Doch kennt irgendjemand eine echte, also eine liberal-rechtsstaatliche Demokratie, die nicht kapitalistisch wäre? Es ist kein Zufall, dass Moses, der sein Volk in die Freiheit führte, ihm auch das Eigentumsrecht verschrieb. Es ist auch kein Zufall, dass Nordkorea, das letzte Überbleibsel des totalitären Kommunismus, zugleich das ärmste und unfreieste Land auf Erden ist.

Woher kommt also die Vorstellung, dass der K. der Feind der D. sei? Sie entwächst einem Zerrbild, das in der realen Welt nie existiert hat, nicht im Italien der Renaissance, das die moderne Geldwirtschaft erfunden hat, nicht einmal im frühindustriellen England, dessen Elend – Armut, Suff, Krankheit – Charles Dickens plastischer beschrieben hat als Charles Marx, der in der Abgeschlossenheit des British Museum seine Theoriegebäude zusammensammerte.

In diesem Zerrbild des K. schienen die Reichen nicht nur die Verfügungsgewalt über das Geld, sondern auch über die Macht zu haben. Das war schon unter Victoria und Disraeli falsch, der übrigens mit Sybil, Or The Two Nations 1845 einen leidenschaftlich sozialkritischen Roman über die Schreckensexistenz



der Arbeiterklasse geschrieben hat. Hätte Marx aber etwas länger gelebt, wäre ihm aufgegangen, dass die moderne D. just aus dem Höllenpfehl des ersten Industriekapitalismus, nämlich des britischen, hervorgegangen ist. Die ultrakapitalistische Entwicklung der USA ging Hand in Hand mit der demokratischen.

Der moderne Wohlfahrtsstaat (nicht der minimalistische von Bismarck) entstand in England, die schärfste Anti-Monopol-Gesetzgebung in den USA – lange bevor es in Deutschland ein Kartellamt gab. Daraus lässt sich schließen: Der K. führt nicht über Nacht zur D., aber er ist keinesfalls ihr Feind – und längerfristig doch ihr Freund. England und Amerika verkörperten im 19. Jahrhundert den Ultrakapitalismus schlechthin, waren zugleich aber auch die ersten und ältesten Demokratien. Warum hat sich der K. historisch als Freund der D. entpuppt?

Einmal, weil der Markt, wenn er nicht durch Kartelle, Monopole und Etatismus eingezwängt wird, wie die D. auf Wahlfreiheit beruht. Nicht Gosplan befiehlt, was ich kaufen darf, sondern ich selber, der Konsument. Nicht das Politbüro wählt den Herrscher, sondern ich selber. Zum Zweiten ist der Markt das beste Informationssystem, das der Mensch vor dem Internet je erfunden hatte. Im Markt weiß jeder ziemlich schnell, was gewollt, gebraucht und produziert wird. Das schafft "Transparenz", wie wir heute sagen – und schnürt die Macht jener ein, die mit Unwissen Politik machen.

Drittens: Der K. hat zwar historisch kräftig ausgebeutet, aber er rafft nicht nur Kapital, sondern schafft es auch und so die Möglichkeit, mit Banken, Börsen und Kapitalgesellschaften als "Makler" eine Würstchenbude, eine Fabrik oder Google aufzuziehen, das von zwei mittellosen Stanford-Studenten gegründet wurde. Das ist Teil I der geliebten Freiheit, die es im Feudalsystem oder Kommunismus nicht gab und nicht geben konnte.

Teil II hat Michael Miersch in den knappen Spruch gegossen: "Die freie Wahl der Waren weckt Gelüste, auch anderes frei wählen zu dürfen." Aha. Auch wenn wir heute die autoritäre Modernisierung à la China bewundern (wie früher die von Stalin und Hitler), besteht doch eine recht solide kausale Kette zwischen Wohlstand und Demokratie, die schon Tocqueville im frühen Amerika besungen hat. Oder nehmen wir Deutschland, wo die Wirtschaftskrise den Ruin Weimars mitbewirkt hat, aber das "Wirtschaftswunder" 30 Jahre später das unglaubliche "Politwunder" der Bundesrepublik gezeugt hat. Menschen, die etwas haben, wollen mehr – nicht nur Goodies, sondern auch Bildung, Selbstverwirklichung und einen Anteil an der Macht, genannt: "Demokratie".

Es gibt aber noch Teil III. Der Kommunismus kannte, wie jede Form der Staatswirtschaft, keine Krisen, nur – nach 70 Jahren – den Kollaps. Ihm fehlen Augen und Ohren, die der K. millionenfach besitzt. Der Kapitalismus ist natürlich auch ein Krisengebilde par excellence. Allein das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts war eine endlose Abfolge von Crash und Krach. Interessanterweise war diese Zeit, nach den gescheiterten Revolutionen von 1830 und 1848, aber auch eine Blütezeit der Demokratisierung, die bis ins erste Drittel des

20. Jahrhunderts anhielt. Brutal beendet wurde sie nicht vom K., sondern von Kommunismus, Faschismus und Nazismus.

Eine verkürzte Darstellung, entscheidend aber ist, dass der K. anders als die Befehlswirtschaft von seinen Krisen lernt. Deswegen haben Dickens und Marx die Zukunft verkannt – oder genauer: mit ihrer hartnäckigen Kritik just die Zukunft gebannt, die sie an die Wand geworfen hatten. Sie haben ihren Finger in die gefährlichste Wunde des K. gelegt: Sich selber oder den Mächtigen überlassen, tendiert er zur Selbstzerstörung. Aber das hatte der größte Theoretiker der Marktwirtschaft, Adam Smith, schon 1776 erkannt: "Leute vom selben Gewerbe kommen nur selten zusammen, selbst für Frohsinn und Unterhaltung, ohne alsbald eine Verschwörung gegen die Öffentlichkeit anzuzetteln", etwa durch Preisabsprachen.

Dass der Staat das vereitelt, damit hat auch ein "Marktradikaler" wie der Nobelist Milton Friedman kein Problem; in seinem Kapitalismus und Freiheit betont er: "Die Existenz eines freien Marktes ersetzt natürlich nicht die Notwendigkeit einer Regierung." Der Staat sei im Gegenteil unverzichtbar als Verfasser der "Spielregeln" und als "Schiedsrichter". Und, darf man hinzufügen, als Ausgleicher. Denn der Markt-Demokratie-Vergleich hinkt in einem entscheidenden Punkt: In der D. hat jeder eine Stimme, im Markt hängt das "Stimmrecht" an Einkommen und Besitz. Der demokratische Kapitalismus ist aus seinen Krisen schlau geworden und hat sich deshalb an zwei Stellen fortwährend reformiert.

Einmal bei den Institutionen, und zwar im Sinne von Adam Smith mit einer Unzahl von Gesetzen, Eingriffen und Kontrollgremien, die den Kapitalismus davor bewahrten, sich selber zu korrumpieren: Anti-Monopol-Kommissionen, Kartellbehörden, Kriminalisierung von Insidergeschäften. Zum Zweiten mit einer Umverteilungs- und Sozialpolitik, die inzwischen etwa ein Drittel der Wirtschaftsleistung ausmacht. Das war gut für die Krisenbewältigung, aber auch gut für die Gerechtigkeit, weil im reinen, unbeaufsichtigten Markt die Reichen mehr "Stimmen" hätten als die Armen.

Eine wundersame historische List: Der K. hat erst ungeahnten Wohlstand geschaffen, dann die Demokratie befördert, die ihrerseits den K. krisensicherer gemacht hat. Seit Kriegsende sind denn auch die Krisen kürzer, die Aufschwünge länger geworden – siehe die jüngste deutsche Rezession, die genau vier Quartale gedauert hat.

K. und D. sind nicht Feinde, sondern zumindest Halbbrüder. Wer von den beiden Kindern der Moderne war wichtiger? Darüber dürfen sich Marktradikale (gibt es die eigentlich noch?) und Kapitalismuskritiker (welche Alternative hätten die wohl?) weiter streiten.

Unbestreitbar ist aber, dass es zwar K. ohne D. gibt, aber keine D. ohne K.

© DIE ZEIT Dieser Text ist Teil der aktuellen Titelgeschichte der ZEIT: "7 Fragen an den Kapitalismus". Alle Fragen und Antworten finden Sie in der neuen Ausgabe der ZEIT.

ZEIT ONLINE 2009

## KAPITALISMUS

# Was heißt hier sinnhafte Arbeit?

**Zur Fundamentalkritik am Kapitalismus gehört, dass er den Werktätigen vom Werk entfremde. Das hat sich aber eingerenkt, findet Harald Martenstein**

Während ich dies schreibe, sehe ich, wenn ich den Kopf hebe und auf die Straße schaue, einen Arbeiter. Er pflastert die Straße, da wird ein Radweg hergestellt. Das ist, ohne jeden Zweifel, eine sinnvolle Tätigkeit. Trotzdem glaube ich nicht, dass er seine Arbeit liebt. Wenn er die Chance dazu hätte, würde er wohl etwas anderes machen. Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, dass es möglich ist, eine monotone Arbeit zu lieben. Er darf außerdem nichts entscheiden, er setzt die Steine an eine bestimmte Stelle, er folgt einer bestimmten Strecke, das alles haben Vorgesetzte entschieden, anders geht es wohl nicht.

Es gibt sinnhafte Arbeit, die für den, der sie tut, nicht angenehm ist. Der »Sinn«, den eine Arbeit hat, und der Lustgewinn, den sie dem Arbeiter bereitet, sind zwei völlig verschiedene Dinge. Und über die Frage, welche Arbeit überhaupt sinnhaft ist und welche nicht, lässt sich wahrscheinlich keine Einigkeit herstellen. Tut der Croupier im Spielcasino etwas Sinnhaftes? Eine Gesellschaft funktioniert auch ohne Spielcasinos. Manchen Leuten macht es Spaß zu spielen, reicht das als Legitimation? Der durchschnittliche Croupier ist, vermute ich, mit seiner Tätigkeit zufriedener als der durchschnittliche Straßenarbeiter, nicht nur wegen der Bezahlung, die Schlüsselwörter heißen »Abwechslung« und »Autonomie«. Der gesellschaftliche Nutzen des Spielcasinos liegt darin, dass es Geld verdient und Arbeitsplätze schafft, diese Arbeit produziert ihren Sinn also zum größten Teil selber.

Der Kapitalismus hat die Industrialisierung in Gang gesetzt, deren neueste Kapitel »Internet« und »Globalisierung« heißen. Das wichtigste Werkzeug des Kapitalismus ist die Arbeitsteilung, ein immer breiteres Spektrum an hoch spezialisierten Tätigkeiten. Karl Marx hat dem Kapitalismus das Bild von der unentfremdeten Arbeit im Kommunismus entgegengesetzt, Menschen, die morgens Bauer sind, abends Fischer, mittags vielleicht Koch. Abwechslung und Autonomie. Es ist aber nicht möglich, morgens an einem neuen Medikament zu forschen, mittags einen Computerchip zu konstruieren und abends eine Fernsehshow zu konzipieren. Diese Arbeiten sind dafür zu komplex, nur Spezialisten, die sich ständig weiterbilden, können sie tun. Parallel dazu hat der Kapitalismus natürlich auch neue Formen der relativ einfachen, weisungsabhängigen, monotonen Arbeit hervorgebracht, zum Beispiel im Callcenter und an der Supermarktkasse.

War die Arbeit eines mittelalterlichen Stallknechts erfüllender oder sinnhafter als die Arbeit einer Supermarktkassiererin? Wer hat am Arbeitsplatz mehr Freiheit, wer hat während der Arbeit mehr Abwechslung, falls diese Kriterien die richtigen

sind? Vielleicht sogar der Stallknecht, dessen Bauer ihn nicht ununterbrochen beaufsichtigen konnte und der sehr unterschiedliche Arbeiten erledigen musste. Das Leben des Stallknechts war allerdings kurz, es bestand fast nur aus Arbeit. Die Kassiererin arbeitet 38 oder 40 Stunden, sie bekommt Urlaub, lebt länger, sie ist gesünder, ihr Risiko, einem Arbeitsunfall oder einem Krieg zum Opfer zu fallen, ist geringer. Der Abschnitt ihres relativ langen Lebens, den sie für bezahlte oder unbezahlte Arbeit aufbringen muss, ist kürzer als bei jeder anderen Generation von Arbeitern, die jemals auf diesem Planeten gelebt hat.

Natürlich ist sie, sobald sie ihren Arbeitsplatz verlässt, in jeder Hinsicht freier als der Knecht. Ob diese Freiheit sie glücklicher macht, als der Knecht es war, weiß ich nicht, das ist ein anderes Thema. Fest steht, dass der Kapitalismus, mithilfe seiner Maschinen, den Anteil der Arbeit am Leben dramatisch gesenkt hat. Sport, Hobbys, Partys, Ehrenämter, Vereine, Besuche beim Psychotherapeuten, all das ist überhaupt erst dadurch möglich geworden, dass die Arbeit im entwickelten, heutigen Kapitalismus nicht mehr so viel Zeit frisst (es sei denn, man will es).

Das heißt aber auch, dass die Frage, ob Arbeit »sinnhaft« ist, tendenziell an Bedeutung verloren hat. Sie ist immer noch legitim und wichtig, aber nicht mehr so wichtig wie früher, als es außer der Arbeit im Leben fast nichts gab. Millionen von Menschen arbeiten überhaupt nicht mehr. Seit einigen Jahren gibt es die Idee, jedem Bürger ein Grundeinkommen zu zahlen, unabhängig davon, ob er oder sie arbeitet.

Der Kapitalismus vernichtet einen Teil der Arbeit, zuerst bei uns, eines Tages auch in Indien und China, und zwar hauptsächlich die manuelle, einfache Arbeit, die Maschinen billiger erledigen. Das, was an Arbeit übrig bleibt, ist, nicht in jedem Fall, aber im Durchschnitt, anspruchsvoller und abwechslungsreicher.

Die Frage nach dem Verhältnis zwischen Arbeit und Sinn hat sich also verändert, sie stellt sich heute so: Seit Tausenden von Jahren arbeiten Menschen ihr Leben lang, um genug zu essen und ein Dach über dem Kopf zu haben. In Europa ist das inzwischen fast selbstverständlich. Was fangen wir jetzt mit unserem Leben an?

Diesen Artikel finden Sie als Audiodatei im Premiumbereich unter [www.zeit.de/audio](http://www.zeit.de/audio)